



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0478/2023		Datum: 09.02.2023	
Dezernat 1			
Verfasser:	01-Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten	Az.: 01.40/Kö	
Betreff: Bildung neuer Arbeitsgruppen			
Gremienweg:			
01.03.2023	Klimaschutzkommission	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert

Unterrichtung:

Die Klimaschutzkommission berät über die Bildung neuer Arbeitsgruppen und/oder Erweiterung bestehender Arbeitsgruppen.

Das Mitglied Egbert Bialk regt die Einrichtung einer AG Klimaschutz und Ernährung unter Einbeziehung externer Initiativen und Fachpersonen in diesem Bereich an.

Erläuterung:

Diese AG schließt an den zur November-Sitzung gestellten Antrag und den Impulsvortrag von Prof. Stefan Wahlen zur Ernährung und dem Klimawandel an und war bereits in dieser Sitzung mündlich gestellt worden, verbunden mit der Ankündigung, im März nähere Vorschläge dazu vorzustellen.

In dem Vortrag und durch Studien wird deutlich, dass das Thema Ernährung eine erhebliche Klimarelevanz hat. Rund 20 Prozent der globalen Treibhausgase können dem Ernährungssektor zugerechnet werden - manche Wissenschaftler:innen und Autor:innen nennen teils noch höhere Zahlen. Neben den Sektoren Energie, Gebäude/Wärme, Naturräume/Boden und Verkehr ist die Ernährung also ein wesentliches Handlungsfeld des Klimaschutzes. Auch der kommunale Bereich steht hier in der Verantwortung, wie ja der Stadtrat in seinem Beschluss zur Einrichtung der Klimaschutzkommission deutlich gemacht hat. Die dort genannte Zielgröße von 50 % Reduzierung der Treibhausgase bis 2030 ist nur erreichbar, wenn auf allen vorgenannten Feldern erhöhte Anstrengungen unternommen und vorhandene Initiativen einbezogen und verknüpft werden.

Die Stadt Koblenz hat hier über ihre Trägerschaft von verschiedenen Einrichtungen erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten im Sinne des Klimaschutzes und des o.g. Stadtratsbeschlusses, z.B. bei der Verpflegung im Bereich der Kindertagesstätten, der Schulen oder der Kliniken. Koblenz muss hier seine Vorbildfunktion wahrnehmen. Ferner kann die Stadt mit anderen Trägern und dem Umfeld Kooperationen eingehen und vorhandene Beratungsangebote und Öffentlichkeitsarbeit nutzen und unterstützen. Klimaschutz ist auch Gesundheitsschutz und Bildungsaufgabe zugleich und damit auch hier Teil der Daseinsvorsorge.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Fördermöglichkeiten, die dem Klimaschutz/der Ernährung zuzurechnen sind. So können für kleine Klimaschutz-Maßnahmen Landesgelder ohne größere Wartezeiten beantragt werden. Dies sollte genutzt werden, z.B. bei etwaigen Mehrkosten einer gesunden und klimagerechten Ernährung in Kitas oder Schulen. Die gemeinsame Erklärung des Landes Rheinland-Pfalz, der rheinland-pfälzischen Städtetags, des Landkreistags, des Städte- und Gemeindebundes sowie Verbandes kommunaler Unternehmen sieht in der Anlage der Erklärung unter Handlungsfeld 7 eine klimafreundliche kommunale Beschaffung vor.

(https://www.rlp.de/fileadmin/rlp-stk/pdf-Dateien/Anlagen_fuer_Pressemitteilungen/Anlage_4Gemeinsame_Erklaerung_Kommunaler_Klimapakt.pdf)

Die Vergaberichtlinien der öffentlichen Hand sehen vor, nicht immer nur die günstigsten Anbieter nehmen zu müssen. An einem eventuellen kleinen Aufpreis darf der Klimaschutz nicht scheitern, zumal die Folgekosten unterlassenen Klimaschutzes später umso höher werden könnten. Auch das Anlegen von nachhaltigen Flächen für naturnahes Gärtnern, Boden- und Bepflanzungsverbesserungen in Kitas und Schulen oder die Neuausstattung bzw. die energetische Sanierung von Lehrküchen sind seitens des Landes förderfähig.

Die Inhalte des Antrags zur November-Sitzung sind bislang im Plenum nur andiskutiert worden. Es macht deshalb Sinn, den Themenschwerpunkt in einer kleineren AG zu vertiefen, wo alle Fraktionen und die Verwaltung zur Mitarbeit eingeladen sind.

Besonders förderlich wäre es, wenn die AG auch offen ist für eine Zusammenarbeit mit vorhandenen Initiativen der Zivilgesellschaft und der Region, etwa Fair-Trade-Stadt, Agenda 21, Umweltverbände, Ernährungswissenschaftler:innen, landwirtschaftliche Beratungsstellen oder Fördervereine. So sind Expert:innen und engagierte Betroffene eingebunden. Davon gibt es eine Menge bei uns. Diesen Schatz gilt es zu heben.

Natürlich darf die AG nicht zu groß sein, um arbeitsfähig zu sein. Die Verwaltung allein kann die Klimakrise nicht lösen, und sie wird auf ihre sonstige Arbeitsbelastung verweisen. Wenngleich gemäß Ratsbeschluss die Klimafrage besondere Priorität hat. Sie hat hier aber zumindest organisatorische Unterstützungsfunktion und auch die Aufgabe zu prüfen, wo sie Vorschläge auf den Weg bringen kann. Möglicherweise wäre auch über die Einrichtung einer Stelle nachzudenken, analog zu den sehr effektiv arbeitenden Radverkehrsbeauftragten.

Alle Beteiligten, auch jenseits von Politik und Verwaltung, müssen erfahren, dass ihr Know-how und Einsatz gefragt sind und zeitnah zu konkreten Verbesserungen führen. Zivilgesellschaftliches Engagement würde so gefördert und ernstgenommen. Last but not least wäre diese Öffnung und Vernetzung auch eine Möglichkeit, im Rahmen der Beschlusslage des Stadtrates die Klimaschutzkommission neu zu beleben und die Klimaproblematik aktiver und konkreter anzugehen.